

Immissionsschutzgesetz geht zu weit!

Die geplante Änderung des Immissionsschutzgesetzes schießt in der vorliegenden Fassung weit über das Ziel hinaus. Nicht einmal die Liliput-Bahn im Prater würde den vorgesehenen strengen Normen standhalten.

53.000 Arbeitsplätze in 800 Wiener Industriebetrieben wackeln, wenn der Nationalrat die Novelle des Immissionsschutzgesetzes in der jetzigen Form beschließt. Österreich würde sich dadurch strengere Grenzwerte auferlegen, als von der EU vorgegeben und selbst von der Weltgesundheitsorganisation empfohlen. Umwelt- und Gesundheitsschutz sind elementare Themen, die alle angehen. Vom verschärften Gesetz wäre aber nahezu ausschließlich die Wirtschaft

betroffen. Deshalb lehnt die Wirtschaftskammerorganisation als deren Interessenvertretung die Novelle in dieser Form vehement ab.

Gesetz gefährdet Standort

Das neue Immissionsschutzgesetz würde Verbote und Beschränkungen im Liefer- und Warenverkehr mit sich bringen, sowie Fahrverbote für zwei- bis sechsjährige Lkw und Eingriffe in bestehende Anlagengenehmigungen. Neugenehmigungen und Erweiterungsinvestitionen im Großraum Wien wären ebenso gefährdet wie große Infrastrukturprojekte in und um Wien. Der Marchfeld-schnellstraße, der Nordauto-bahn nach Tschechien oder

dem Autobahnanschluss Aspern drohen jahrelange Verzögerungen. Der Güterterminal Inzersdorf und die Anbindung des Flughafens an das internationale Bahnnetz könnten ganz gekippt werden. Denn Eisenbahn und Schiffsverkehr - an sich besonders umweltfreundliche Verkehrswege - wären ebenfalls vom neuen Gesetz betroffen. Selbst die Liliputbahn im Prater wäre bedroht. Die Wirtschaftskammer Wien setzt sich daher dafür ein, dass dieser Entwurf nicht Gesetz wird. Denn es darf nicht sein, dass die Wirtschaft einseitig belastet wird, während allen anderen Verursachern keinerlei Verpflichtungen auferlegt werden. (esp)



Waldbahn

Selbst diese Praterattraktion wäre durch das neue Gesetz gefährdet.